

ARBEITSPROGRAMM
der
“BÜRGERLISTE FÜR HENGESBERG”

I. Grundsätzliche Überlegungen

„Lebensverhältnisse und Politik“

Vier Säulen:

Die soziale Einbindung jedes Menschen in unserem Staat ist im Allgemeinen auf vier Säulen gegründet. Dies sind

- die **Familie**
- der **Freundeskreis**, die **Religion**, das **Vereinswesen** und die **Freizeitgestaltung**
- die **Arbeitswelt**
- der **öffentliche Bereich**

Die Familie:

Die Familie ist die kleinste Zelle mit dem höchsten Grad der menschlichen Nahebeziehungen.

Dem einzelnen Menschen kommt ein großer persönlicher Einfluss und eine entsprechende Möglichkeit zur Mitgestaltung des Familienlebens zu.

Der Freundeskreis:

Freundeskreis, Religion, Vereinswesen und Freizeitgestaltung bieten dem einzelnen Menschen weitreichende persönliche Beziehungen.

Auch in diesem Bereich kommt dem einzelnen Menschen eine hohe persönliche Einflussnahme und Mitgestaltung zu.

Die Arbeitswelt:

Die Arbeitswelt gewährleistet die materielle Existenzsicherung und im besten Falle auch die persönliche Entfaltung des Menschen in Freude und Stolz auf seine Leistungen.

Die Möglichkeiten zu persönlichem Einfluss und Mitgestaltung sind für den einzelnen Menschen unterschiedlich und oft abhängig vom Grad seiner beruflichen Ausbildung.

Der öffentliche Bereich:

Der öffentliche Bereich ist in unserer arbeitsteiligen Welt von immer größer werdendem Einfluss auf die Gesellschaft: Gesundheit, Pensionen, Schulen, Gesetzgebung, Wohlfahrt und vieles weitere erfordern Steuern, Abgaben und Gebühren in immer höherem Ausmaß. Das Versagen dieses Bereiches ist mit schwerwiegenden Folgen für den einzelnen Bürger verbunden. Wir wissen das aus der Vergangenheit und leider auch aus der Gegenwart.

Der einzelne Mensch hat nur geringen persönlichen Einfluss in diesem Bereich und auch nur in geringem Ausmaß die Möglichkeit zur Mitgestaltung, obwohl er auf Schutz und Hilfe daraus angewiesen ist.

Nur alle paar Jahre eröffnet sich die Möglichkeit zu einer politischen Wahl.

Immer mehr Menschen aber nehmen von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch, weil sie der Meinung sind, dass sie ohnehin nichts beeinflussen können. Die etablierten, regierenden Parteien haben weiten Teilen der Bevölkerung tatsächlich nicht den Eindruck vermittelt, dass Politik im verantwortungsvollen Einsatz für den einzelnen Bürger – ihm zu helfen und ihn zu beschützen – besteht. Stattdessen sind viele Wahlberechtigte der Ansicht, dass die politischen Parteien ihre Eigeninteressen an rechtsstaatlich fragwürdiger Einflussnahme und an Postenbesetzungen in den Vordergrund stellen. Das von Politikern oft beschworene „Wohl des Bürgers“ dient demnach nur als „Feigenblatt“ für eine Politik, die mit dem Bürger längst nichts mehr zu tun hat.

Aus dieser Situation ergibt sich die Notwendigkeit einer bürgernahen Alternative zu den etablierten Parteien. Damit macht es wieder Sinn, zur Wahl zu gehen.

II.

„Die Gemeinde“

Politischer Zweck:

Die Gemeinde ist neben Bund und (Bundes-) Land die kleinste politische Einheit, deren Vertretung durch Wahlen bestimmt wird.

Zielsetzung dieser politischen Institution der „Gemeinde“ ist, dass vor allem im ländlichen Bereich aufgrund der übersichtlichen Struktur zwischen den Gemeindebürgern und den gewähl-

ten Mandataren die Möglichkeit zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung bestmöglich genutzt wird. Dies betrifft insbesondere

- die Verwendung öffentlicher Gelder zum Wohle der Bevölkerung
- eine direkte Sorgfaltspflicht der öffentlichen Hand, spürbar für den einzelnen Bürger
- eine offene Gemeindepolitik gibt den Bürgern direkten Einfluss auf seinen unmittelbaren Lebensbereich

Politische Realität wie sie in vielen Gemeinden gelebt wird:

Die tatsächlichen Verhältnisse jedoch weichen von diesen Zielsetzungen oft ab:

- Öffentliche Amtsträger haben oft nur geringes Verantwortungsbewusstsein für ihre eigentlichen und oft schwierigen Aufgaben
- Bürger werden nicht ausreichend in Entscheidungsprozesse eingebunden
- Eine Mitgestaltung der Bürger im direkten politischen Wirkungsbereich der Gemeindevertretung ist oftmals nicht angestrebt, teilweise sogar unerwünscht.
- Entscheidungen werden oft in Klientel-Politik statt im Interesse der Gesamtheit der Bürger getroffen.
- Den öffentlichen Amtsträgern geht es um die Erhaltung der eigenen Macht und des „eigenen Sessels“, statt um die Erarbeitung von Zukunftsperspektiven für die Bürger und für die Gemeindeentwicklung.

- Trotz angespannter wirtschaftlicher Lage besteht in vielen Gemeinden nach wie vor eine hohe Bereitschaft Schulden zu machen oder in nicht sinnvolle Projekte zu investieren. Für die Zukunft wird keine finanzielle Vorsorge geschaffen.
- Schulden werden in intransparente Gesellschaften ausgelagert.
- Es handelt sich dabei um eine „staatlich geförderte Intransparenz“ durch ein geltendes Buchhaltungssystem aus dem 18. Jahrhundert. Dieses „Kameralistik-System“ wird seit Jahrzehnten von den Gemeinden und Ländern verteidigt.

Dadurch wird eine Umstellung auf eine transparente Buchhaltung verhindert.

- Allein schon das Beharren der Gemeinden auf dieses Kameralistik-System macht sehr klar, dass die Gemeinden in finanziellen Angelegenheit derzeit nicht das Interesse am Wohl und an der Zukunftssicherung der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Stattdessen wird weiterhin einer unverantwortlichen Schuldenpolitik nichts entgegengestellt. Die Verantwortung daran kann durch das angewandte System leicht verschleiert werden.
- Langfristige Dienstleistungen werden nicht dargestellt.

III.

„Wachstum als Notnagel“

Um diesen Finanzkreislauf aufrechtzuerhalten, wird mit allen Mitteln nach Wachstum gesucht, um neue Einnahmen zu bekommen, die Finanzlage zu verschleiern und die absehbaren Konsequenzen zu verschieben.

Bei vielen Gemeinden (z.B. Gratkorn, Pölfing-Brunn, Fohnsdorf, Trieben, Hart bei Graz u.v.a.), Ländern (z.B. Kärnten, Salzburg) und auch Staaten (z.B. Slowenien, Griechenland) wurde dieser Finanzwahnsinn bereits aufgedeckt.

Durch diese Schuldenpolitik nehmen uns die Gemeinden den Schutz und die Hilfe, die von der „Säule“ des öffentlichen Bereiches erwartet wird. Diese Säule wird immer bedeutsamer und durch Fehlentwicklungen in diesem öffentlichen Bereich wird unsere Zukunftsentwicklung massiv negativ beeinflusst.

Nicht transparenter Umgang mit Steuergeldern und Schulden nehmen den Gemeinden die Möglichkeit den Bürgern zu helfen.

Hohe und steigende Abgaben und Gebühren belasten die Bürger.

Auch in unserer Gemeinde Hengsberg herrscht die Politik des Wachstums durch Quantität. Dadurch wird unsere Lebensqualität mehrfach beeinträchtigt, der „Ruf nach Wachstum“ bringt konkrete Gefahren:

Ungezügelter Bau-Wachstum zerstört unseren ländlichen Lebensraum. Dies hat die Gemeindeinitiative Komberg in ihrem offenen Brief vom Februar 2014 aufgezeigt.

IV.

„Was wir wollen“

Wir fordern zum Wohle der Bürger:

- Offenlegung aller Schulden und Verpflichtungen
- transparente und verantwortungsvolle Finanzpolitik
- Abkehr von Schuldenpolitik
- keine Prestige-Projekte
- sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern
- Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität der Bürger
- Orientierung der Wachstumspolitik an den Wünschen und an der Lebensqualität der Bürger
- Verbesserung der Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger
- Abkehr vom Obrigkeitsdenken

V.

„Aufruf zur Unterstützung“

In der Gemeindepolitik sind wir eine Alternative zu den „alt- eingesessenen“ Parteien und wollen dies aktiv im Gemeinderat darstellen.

Nicht alles an diesen Parteien war oder ist schlecht. Ihr politischer Stil aber ist nicht mehr zeitgemäß. Ihre politischen Entscheidungen sind mit der Gefahr von Schäden für die Gemeinde verbunden, die nicht mehr wieder gut zu machen sind.

Deshalb ersuchen wir Sie um die Unterstützung unserer politischen Anliegen.

Ihre Stimme für uns zählt! Selbst für den Fall, dass nach der Wahl die „Leitung“ unserer Gemeinde gleich bleiben sollte – allein unsere Aufnahme in den Gemeinderat bringt den Gemeindegürgern die bisher vorenthaltene Transparenz in Finanzgebarung und Zukunftsentwicklung.

Unsere erklärte Absicht ist es, die anderen Parteien mit sachlicher Kritik zum Einlenken und zu einer verantwortungsvollen und für das Wohl der Bürger offenen Politik zu bewegen. Positives werden wir unterstützen, Negativem mutig entgegenzutreten

nach dem Motto:

„Gemeindepolitik nicht ohne und über die Bürger hinweg, sondern mit und für die Bürger“.